



**Haushaltsrede von Stadtkämmerer Gert Meyer
zu den Haushaltsberatungen der Landeshauptstadt Kiel
am 15. Dezember 2011**

Haushaltsrede für 2012

**Donnerstag, 15. Dezember 2011
Ratsversammlung im Kieler Rathaus**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Haushaltsrede für 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Mitglieder der Ratsversammlung,
meine Damen und Herren,

wieder neigt sich ein Haushaltsjahr dem Ende entgegen, wieder beraten wir über einen neuen Haushalt und wieder liegt ein Jahr hinter uns, das finanzwirtschaftlich äußerst turbulent war.

In den vorangegangenen Jahren hat uns die Wirtschaftskrise mit ihren negativen Auswirkungen auf die Konjunktur beschäftigt. Dieses Jahr hält die Schuldenkrise öffentlicher Staatshaushalte die Welt in Atem. Eine Schuldenkrise, die ganze Staaten in Europa vor massive Probleme stellt. Eine Schuldenkrise, die auf den ersten Blick gar nicht viel mit dem kommunalen Haushalt der Landeshauptstadt Kiel zu tun hat. Eine Schuldenkrise, die uns aber sehr deutlich machen sollte, welches Damoklesschwert über uns schwebt, wenn es uns nicht gelingt unseren Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Unter dem Stichwort „Basel III“ werde ich in diesem Zusammenhang später noch etwas sagen.

Auch vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass sie von der Verwaltung heute einen Haushalt vorgelegt bekommen, der den Anforderungen von Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gerecht wird.

Anrede,

Zunächst möchte ich einige strukturelle Anmerkungen zum Haushaltsentwurf 2012 machen.

In den vergangenen Haushalten haben wir vorrangig auf die Einführung der Doppik und die Verbesserung der Haushaltszahlen geachtet. Mit dem Haushaltsentwurf 2012 wird die Wirkungsorientierung im Haushalt wieder verstärkt in den Fokus gerückt.

Die Wirkungsorientierung wird auf einer verdichteten Ebene, der Ebene der zentralen Politikfelder, die auch gleichzeitig die neuen Budgets bilden, dargestellt. Abgebildet werden dabei insbesondere Handlungsschwerpunkte und Ziele sowie dazugehörige Indikatoren und Größen für die Erfolgsmessung. Daneben werden auch Stärken und Chancen sowie Schwächen und Risiken zur Situationsanalyse in den Haushalt aufgenommen. Ich bin überzeugt, dass sich dadurch die Transparenz des Haushaltes wieder ein Stück verstärken wird und so eine verbesserte Informationsgrundlage für alle Entscheidungsträger geschaffen wird.

Die Umsetzung dieser Änderung erfolgt in diesem Jahr zunächst in den Budgetbereichen Liegenschaftsverwaltung, Schulträgeraufgaben, Soziale Hilfen und Kinder- und Jugendhilfe. Wir werden in den nächsten Haushaltsjahren sukzessive weitere Bereiche des Haushaltes auf dieses System umstellen, und ich würde mich mit ihnen dabei gerne darüber abstimmen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Anrede,

wie sieht nun der Haushaltsentwurf 2012 in Zahlen aus?

Inklusive dem Veränderungsnachweis erwarten wir für das Jahr 2012 einen Zuschussbedarf von **68,2 Millionen** Euro im Gesamtergebnisplan.

Dabei stehen Aufwendungen in Höhe von geplant 754,8 Millionen Euro Erträgen in einer Höhe von 686,6 Millionen Euro entgegen - jeweils ohne die internen Leistungsbeziehungen. Damit liegt dieser Haushaltsentwurf rund 17 Millionen Euro unter dem Ergebnis, das wir in den Haushaltsberatungen des letzten Jahres für 2012 prognostiziert haben.

Die größten Aufwandsposten im Haushalt sind auch in diesem Jahr:

- 1. die Transferaufwendungen in Höhe von 268,2 Millionen Euro, darunter allein die Sozialtransferaufwendungen mit rund 161,8 Millionen Euro und 87,6 Millionen Euro Zuschüsse unter anderem für die Träger freier Kindertagesstätten.**
- 2. die Kosten für den Betrieb der städtischen Kindertagesstätten. Zusammen mit den bereits genannten Zuschüssen für freie Einrichtungen wird der Betrieb von Kindertagesstätten mit insgesamt 53,4 Millionen Euro bezuschusst. Alleine von 2010 bis 2015 steigt dieser Betrag um insgesamt 20 Millionen Euro.**
- 3. die Ausgaben für die Ausstattung, den Betrieb und die Instandhaltung der Schulen in Höhe von 58,7 Millionen Euro.**

Allein in diesen drei Bereichen bildet sich rund die Hälfte des finanziellen Gesamtaufwands im Kieler Haushalt ab; allein diese Bereiche verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung des Ansatzes um rund 20 Millionen Euro.

Hier zeigt sich sehr deutlich, dass wir unser Geld nicht sinnlos verprassen, sondern, dass die Landeshauptstadt Kiel als Kommune mit ihren Finanzmitteln wichtige, gesellschaftliche Aufgaben erfüllt. Hier zeigt sich aber auch, dass die Landeshauptstadt Kiel kein klassisches Unternehmen sein kann. Unser Ertrag besteht darin, ein sozial-gerechtes, lebenswertes und sicheres Umfeld zu schaffen, in dem die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gerne leben.

Folgerichtig bilden daher die Personalkosten mit rd. 210 Millionen Euro den mit Abstand größten Einzelposten im Haushalt. Denn auch diese Kosten sind weitgehend der von mir eben geschilderten sozialen Aufgabe geschuldet. Ob Kinderbetreuung, Sozialdienst, Gesundheitsamt oder Feuerwehr – überall ist Personal erforderlich. Wir können unsere Dienstleistungen nicht virtuell erbringen. Dienstleistungen sind persönliche Leistungen, die nur durch tatsächlich vorhandene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbracht werden können.

Unsere Personalkosten sind zudem erheblich durch externe Einflüsse geprägt: der Anstieg durch die Umsetzung der Kindertagesstättenbedarfsplanung begleitet uns ja bereits seit Jahren. Ein weiteres, sehr kostenintensives Beispiel ist die Umsetzung der 48-Stunden-Woche bei der Feuerwehr.

Anrede,

in meiner Haushaltsrede im letzten Jahr konnte ich darstellen, dass sich die Aktivitäten der Landeshauptstadt Kiel in erheblichem Maße auch im Investitionsbereich fortsetzten. Ich konnte auf den enormen Kraftakt hinweisen, mit dem wir unseren Teil zur Überwindung der Wirtschaftskrise beigetragen und das Konjunkturpaket II aus Krediten mitfinanziert haben. Unabhängig von der Tatsache, dass bei allem Positiven viele Maßnahmen zur Konjunkturstützung erst griffen, als wir uns schon wieder in einem Aufschwung befanden, stehen wir aktuell vor der Herausforderung, dass durch die Reduzierung des Kreditvolumens durch die Kommunalaufsicht für 2011 eine Art „Vollbremsung“ bei den Investitionen vorzunehmen war.

Ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingen muss, in gemeinsamen Gesprächen mit dem Land die Grundlage für die notwendigen Zukunftsentscheidungen für unsere Stadt definieren zu können. Unsere städtische Infrastruktur bedarf in weiten Teilen einer fortlaufenden Erneuerung. Ich nenne neben den klassischen Beispielen der Schulen, der Entwässerungsanlagen, der Straßen auch z.B. den ZOB.

Investieren wir zu wenig, sparen wir nur vordergründig Geld, denn in der Bilanz sorgen alleine die permanenten Abschreibungen für ein sinkendes Eigenkapital und in unserer täglichen Realität verlieren wir Stück für Stück wesentliche Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Niemand kann ein Interesse an einer solchen Entwicklung haben.

Ich möchte beispielsweise nicht, dass wir viel Geld in nicht mehr zukunftsfähige Schwimmhallen stecken, sondern einen neuen „Wert“ und eine neue „Qualität“ schaffen, die natürlich im laufenden Betrieb nicht teurer sein dürfen.

Haushaltstechnisch sei der Hinweis erlaubt, dass die Haushaltsgenehmigungen des Landes sich alleine auf die langfristigen Kredite beziehen.

Zur Frage von Ausgliederungen wurde in letzter Zeit viel diskutiert. Fakt ist, dass wir in einigen Jahren eine Konzernbilanz haben werden, in der auch die ausgegliederten Bereiche mit dargestellt werden. Es liegt in unserer Hand, wie wir uns organisieren, aber jede Ausgliederung muss letztendlich zu einem Mehrwert führen. Dabei geht es nicht um eine „Verschönerung“ des Haushaltes. Alle Bereiche bleiben vielmehr mit dem Mutterkonzern „Stadt“ verbunden. Dass der Weg auch umgekehrt gehen kann, sehen wir aktuell bei der Wiedereingliederung des Eigenbetriebes Sportboothäfen in die Kernverwaltung.

An meinen Argumenten erkennen Sie, dass wir künftig gemeinsam mit der Kommunalaufsicht mehrdimensionaler denken müssen. Ergebnisplan und Investitionen, Kernverwaltung und ausgegliederte Bereiche, Kredite und Vermögen: all dies kann man nicht einfach voneinander trennen. Ich hoffe, dass wir bereits im Rahmen der sicherlich sehr komplizierten Ge-

sprache über den vom Land geplanten Vertrag zur kommunalen Haushaltskonsolidierung in dieser Hinsicht gemeinsam ein Stück vorankommen.

Anrede

Unabhängig davon werden wir auch im kommenden Jahr wieder eine Reihe dringend notwendiger Investitionen aus dem städtischen Kernhaushalt heraus tragen. Exemplarisch seien hier einige Eckpunkte genannt:

1) Schulen, RBZ und Kindertageseinrichtungen Euro	23,7 Millionen
2) Städtebau (vor allem Soziale Stadt/Aktive Stadtteilzentren) Euro	1,4 Millionen
3) Stadtentwässerung und Straßen, Verkehrsflächen und ÖPNV Euro	18,6 Millionen

Auch hier zeigt sich sehr deutlich die strategische Ausrichtung der Landeshauptstadt Kiel als Bildungsstandort in der Region. Unsere Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten sind eine Leistung, auf die wir alle stolz sein können. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal an eine Zahl erinnern, die in der letzten Ratsversammlung genannt wurde: alleine seit 2009 hat die Landeshauptstadt Kiel 63 Millionen Euro in die Modernisierung ihrer Schulen investiert. Ich denke, dieser Betrag spricht für sich.

Natürlich ist es auch trotz dieser finanziellen Kraftanstrengung nicht möglich, jede notwendige Maßnahme sofort durchzuführen.

Tatsache ist, dass wir alle geplanten und notwendigen Vorhaben durchführen wollen. Wir haben bereits Maßnahmen in künftige Jahre verschieben bzw. Standards senken müssen. Auch 2013 werden voraussichtlich keine großen Sprünge bei unseren Investitionsmaßnahmen zusätzlich möglich sein. Sie können es der im Entwurf vorgelegten mittelfristigen Investitionsplanung entnehmen: eine Vielzahl von laufenden oder im kommenden Jahr beginnender Maßnahmen binden uns bereits für das Jahr 2013.

Erst ab dem Haushaltsjahr 2014 zeichnet sich aus heutiger Sicht eine gewisse Entspannung ab. Allerdings wird sich auch dies sicherlich bald relativieren, je näher der Zeitraum rückt und auch die Planungen und Notwendigkeiten sich konkretisieren.

Anrede,

ich hoffe, Ihnen mit einigen Beispielen nachvollziehbar dargelegt zu haben, dass die Verwaltung Ihnen einen im Rahmen der Gegebenheiten ausgewogenen und soliden Haushalt vorgelegt hat.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass der Haushalt auch deutlich zeigt, wo erhebliche Probleme liegen:

Zunächst muss ich auch dieses Jahr wieder feststellen, dass die finanzielle Grundausstattung der Kommunen bei Weitem noch nicht an die Lasten der Aufgaben angepasst ist. Mit der Gewerbesteuer sind wir finanziell an konjunkturelle Entwicklungen gebunden, an die unsere Ausgaben nicht gebunden sind. Kindertagesstätten und Schulen müssen auch in Zeiten wirtschaftlicher Flaute betrieben werden und Leistungen der sozialen Sicherung fallen dann sogar noch verstärkt an.

Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund stellt einen guten ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Wenn man allerdings

die permanent steigenden allgemeinen Kosten und auch zusätzlichen Anforderungen in vielen Bereichen sieht, muss noch mehr folgen, wenn es nicht am Ende nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein gewesen sein soll.

Zusammen mit dem ebenfalls schwankenden kommunalen Finanzausgleich (FAG) ist eigentlich keine gesicherte kommunale Finanzpolitik zu betreiben. Von einem Moment auf den anderen wachsen oder sinken Defizite um zig Millionen Euro. Eine längerfristige, seriöse Planung ist schwer möglich.

Fast folgerichtig führt die schwache Einnahmesituation bei steigenden Pflichtausgaben zu Schulden. Und so haben wir aktuell einen Stand der langfristigen Schulden von rd. 420 Millionen Euro.

Auch dieser sparsame Haushalt wird wieder zum Aufwuchs unserer Schulden führen, wenn auch im kleineren Maße, als in den vergangenen Jahren.

Für diese Schulden zahlen wir jedes Jahr allein rd. 20 Millionen Euro Zinsen. Und das bei einem historisch günstigen Zinsniveau !

Jede – auch noch so geringe - Veränderung des Zinssatzes würde zu massiven Belastungen des Haushaltes führen, selbst wenn wir inzwischen über ein professionelles Schulden-Portfolio-Management verfügen.

Anrede,

ich möchte daher noch einmal den Bogen zum Anfang meiner Rede spannen, als ich das Stichwort Basel III nannte.

Finanzpolitisch drohen uns in Zukunft verschiedene Gefahren. Bisher waren wir gesuchte Partner der Banken, denen ohne größere Prüfung Kredite zu günstigen Konditionen angeboten wurden. In nicht allzu ferner Zukunft kann es sein, dass die Banken auch ihre kommunalen Geschäftspartner sehr wohl nach deren Kreditwürdigkeit einstufen und aussuchen werden. Auch wir werden uns da messen lassen müssen. Aber Basel III schreibt noch mehr vor: die Banken ihrerseits müssen ihre Kredite mit deutlich mehr Eigenkapital absichern. Ich will hier nicht schwarz malen, aber ein mögliches Szenario der Zukunft ist, dass es deutlich weniger Banken gibt, die Kredite an Kommunen vergeben können und deutlich weniger Kommunen, die Kredite erhalten werden und diese dann eventuell auch noch zu deutlich schlechteren Konditionen.

Bereits im letzten Jahr hat die erste Bank in Deutschland verkündet, dass sie Kredite in Nordrhein-Westfalen nur noch an Kommunen vergibt, die ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept haben. Und vor wenigen Tagen war der Presse zu entnehmen, dass den Banken in Deutschland Eigenkapital in Höhe von 115 Milliarden Euro fehlt.

Auf beide Seiten eines Kreditgeschäftes warten also in den kommenden Jahren noch große Herausforderungen.

Anrede,

eine Fortführung der Konsolidierungsbemühungen und maßvolle Haushaltsbeschlüsse sind daher unverzichtbar.

Wir machen das nicht, weil das Land uns mit dem Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz dazu bewegen will – wir konsolidieren unseren Haushalt, weil wir die Leistungsfähigkeit unserer Stadt erhalten wollen.

Daher erwarte ich bei der Umsetzung des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes vom Land,

- dass es die Kommunen als gleichberechtigte Partner sieht,
- dass es uns keine fertigen Umsetzungsvorschriften vorgibt, sondern uns an einer Ausgestaltung beteiligt,
- dass die Umsetzung pragmatisch und einfach erfolgt und nicht zu einem unnötigen Aufbau von kostenintensiver Bürokratie und Personal führt,
- und dass eine Umsetzung angestrebt wird, die die kommunale Hoheit respektiert,

Ich denke, dass wir in den letzten Jahren durchaus bewiesen haben, dass die Stadt Kiel die Kraft und den Willen hat, ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Es ist uns trotz Wirtschaftskrise gelungen, die Zuschussbedarfe bereits in den Planungen unterhalb der Planzahlen der Vorjahre zu halten. Uns ist es zudem gelungen unterjährig im Rahmen einer äußerst sparsamen Haushaltsausführung erheblich unter den Ansätzen zu bleiben. Wir haben bewiesen, dass Haushaltskonsolidierung nicht nur notwendig ist, sondern dass sie möglich und erfolversprechend ist. Die Dämme sind nicht gebrochen.

Auch weise ich darauf hin, dass unser operatives Ergebnis, das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit, nach aktuellem Planungsstand im Jahr 2015 fast ausgeglichen sein wird. Das zeigt auf, dass die eigentliche Arbeit der Stadt im Jahr 2015 kostenneutral sein wird und dass uns „nur“ (wenn man bei 20 Millionen Euro von nur sprechen kann) unsere Zinsen belasten. Wenn uns dann noch die ehemals 10-12 Millionen Euro Erträge vor der großen FAG-Kürzung zur Verfügung stünden, wäre die Lage nochmals besser.

Allerdings möchte ich nicht einmal den Anschein erwecken, dass nur externe Faktoren entscheidend wären. Wir können und wir werden Stück für Stück weiter daran arbeiten, die Effektivität und die Effizienz unserer Arbeit zu verbessern und permanent zu prüfen, ob alle Aufgaben wirklich fortgeführt werden müssen. Die vom Oberbürgermeister vorgelegte Geschäftliche Mitteilung „Verwaltung 2020“ zeigt dabei wesentliche Zusammenhänge auf, die es nun umzusetzen gilt.

Es sind aber nicht nur unsere eigenen Prozesse, die wichtig sind. Es geht auch um die Frage, welche Prozesse bzw. Aufgaben wir mit anderen Kommunen gemeinsam erledigen können. Dieser Weg ist weit und die Schritte sind teilweise noch klein. Wichtig ist aber, dass wir sie gehen. Mich persönlich freut z.B. sehr, dass die vor 12 Monaten nur projektierte Kooperation mit den Volkshochschulen Altenholz und Kronshagen auch wirklich erfolgreich umgesetzt wurde. In einer Reihe anderer Bereiche gibt es ebenfalls Fortschritte. Die großen Schritte werden erst möglich sein, wenn die vielen kleinen das nötige Vertrauen geschaffen haben.

Anrede,

zum Abschluss meiner Rede danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Aufstellung dieses Haushaltsentwurfs mitgewirkt haben. Wir haben um mache Zahl hart gearbeitet, aber es war ein konstruktiver und letztendlich erfolgreicher Prozess. Vielen Dank dafür.

Ihnen, den Mitgliedern der Ratsversammlung, wünsche ich bei den nun folgenden Beratungen und Entscheidungen viel Umsicht und den nötigen Weitblick. Maßvolle Haushaltsentscheidungen sind sicherlich nicht immer ganz einfach, aber die Menschen in unserer Stadt haben es verdient, dass wir hart für Ihre Zukunft ringen.